

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

§ 1 Allgemeines

1. www.zeugnis-center.de ist eine Dienstleistung der Frank Krebs Personalberatung, im weiteren „Auftragnehmer“ genannt. Diese wird Vertragspartner des Kunden, im weiteren „Auftraggeber“ genannt.

2. Die Geschäftsbedingungen gelten für die gesamte Dauer der Geschäftsbeziehungen.

3. Verbraucher i.S.d. Geschäftsbedingungen sind natürliche Personen, mit denen in Geschäftsbeziehungen getreten wird, ohne daß diesen eine gewerbliche oder selbständige berufliche Tätigkeit zugerechnet werden kann.

Unternehmer i.S.d. Geschäftsbedingungen sind natürliche oder juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften, mit denen in Geschäftsbeziehungen getreten wird, die in Ausübung einer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handeln.

Auftraggeber i.S.d. Geschäftsbedingungen sind sowohl Verbraucher als auch Unternehmer.

4. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden, selbst bei Kenntnis, nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, ihrer Geltung wird ausdrücklich schriftlich zugestimmt.

§ 2 Auftragserteilung

1. Das Angebot des Auftragnehmers ist bis zur Auftragsannahme freibleibend.

2. Mit Übersendung des Zeugnisformulars oder der Zeugniskopie erklärt der Auftraggeber verbindlich, den Auftrag erteilen zu wollen.

Der Auftragnehmer behält sich vor, den Auftrag, durch Rücksendung des Zeugnisformulars oder der Zeugniskopie, abzulehnen.

3. Bestellt der Verbraucher die Dienstleistung auf elektronischem Wege, wird der Auftragnehmer den Zugang der Bestellung unverzüglich bestätigen. Die Zugangsbestätigung stellt noch keine verbindliche Annahme der Bestellung dar. Die Zugangsbestätigung kann mit der Annahmeerklärung verbunden werden.

4. Es gelten die auf www.zeugnis-center.de veröffentlichten Preise, sofern nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart wurde.

5. Sofern ein Verbraucher auf elektronischem Wege bestellt, wird der Vertragstext bzw. das Zeugnisformular vom Auftragnehmer gespeichert und auf Verlangen dem Verbraucher nebst den vorliegenden AGB per E-Mail zugesandt.

§ 3 Leistungen und Zahlungsbedingungen

1. Die angebotenen Leistungen sind keine Rechtsberatung und ersetzen diese nicht. Zeugnisanalyse, -überarbeitung und -erstellung werden vom Auftragnehmer nach den gängigen Regeln der Zeugniserstellung durchgeführt. Die Formulierungen sind gegenüber Arbeitgebern nicht rechtsverbindlich.
2. Der Auftragnehmer behält sich vor, bei besonderem Bedarf, sich von Dritten unterstützen zu lassen. Eine gesonderte Haftung wird hierfür nur insoweit übernommen, als daß der Auftragnehmer seiner Sorgfaltspflicht nicht Genüge tut.
3. Wird die erbrachte Leistung nicht innerhalb von 7 Tagen nach Erhalt vom Auftraggeber beanstandet, gilt die Leistung als korrekt und vollständig erbracht.
4. Die Vergütung wird, falls nichts Gegenteiliges vereinbart wurde, innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungserhalt fällig.

§ 4 Fernabsatzvertrag mit Widerrufs Klausel

1. Ein Verbraucher hat das Recht, seine auf Abschluß des Vertrages gerichtete Willenserklärung innerhalb von zwei Wochen nach Vertragsschluß zu widerrufen. Der Widerruf muß keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber dem Auftragnehmer oder durch Rücksendung der Leistung, sofern tatsächlich möglich, zu erklären; zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.
2. Der Auftragnehmer behält sich vor, mit der Durchführung der Dienstleistung erst nach Ablauf der zweiwöchigen Widerrufsfrist zu beginnen.
3. Der Verbraucher veranlaßt die Durchführung der Dienstleistung durch Übermittlung von Informationen, die zur Ausführung der Dienstleistung benötigt werden, insbesondere durch Übermittlung des Zeugnisformulars oder der Zeugniskopie. Nicht darunter fallen die Informationen, die für den Vertragsabschluß benötigt werden. Übermittelt der Verbraucher die in Satz 1 benannten Informationen bereits vor Ablauf der zweiwöchigen Widerrufsfrist, erlischt sein Widerrufsrecht; gleichzeitig erlischt der Vorbehalt des Auftragnehmers im Sinne der Ziff. 2.

§ 5 Datenschutz, Diskretion

1. Dem Auftragnehmer ist es gestattet, personenbezogene Daten ausschließlich für interne Zwecke in maschinenlesbarer Form zu speichern und zu verarbeiten. Diese werden nicht an Dritte weitergegeben und werden streng vertraulich behandelt.
2. Die Übersendung der Unterlagen per Post, Fax oder E-Mail erfolgt auf Gefahr des Auftraggebers. Insbesondere trägt der Auftragnehmer hierbei keine Verantwortung bezüglich der Datensicherheit.

§ 6 Gewährleistung

1. Der Auftragnehmer leistet für Mängel zunächst, nach seiner Wahl, Gewähr durch Nachbesserung oder Neuherstellung.

2. Sofern der Auftragnehmer die Erfüllung ernsthaft und endgültig verweigert, die Beseitigung des Mangels und Nacherfüllung fehlschlägt oder sie dem Auftraggeber unzumutbar ist, kann der Auftraggeber nach seiner Wahl nur Herabsetzung der Vergütung (Minderung) oder Rückgängigmachung des Vertrages (Rücktritt) und Schadensersatz im Rahmen der Haftungsbeschränkung (s. § 7) statt der Leistung verlangen.

Bei einer nur geringfügigen Vertragswidrigkeit, insbesondere bei nur geringfügigen Mängeln, steht dem Auftraggeber jedoch kein Rücktrittsrecht zu.

3. Sofern der Auftragnehmer die in einem Mangel liegende Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat, ist der Auftraggeber nicht zum Rücktritt vom Vertrage berechtigt.

4. Bei arglistigem Verschweigen von Mängeln oder der Übernahme einer Garantie für die Beschaffenheit bleiben weitergehende Ansprüche unberührt.

§ 7 Haftungsbeschränkung

1. Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen beschränkt sich die Haftung des Auftragnehmers auf den nach der Art der Leistung vorhersehbaren, vertragstypischen, unmittelbaren Durchschnittsschaden. Dies gilt auch bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen der gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.

2. Gegenüber Unternehmern haftet der Auftragnehmer bei leicht fahrlässiger Verletzung unwesentlicher Vertragspflichten nicht.

3. In jedem Falle haftet der Auftragnehmer lediglich bis zur Höhe des Auftragswertes.

§ 8 Schlußbestimmungen

1. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

2. Ist der Auftraggeber Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus Verträgen der Geschäftssitz des Auftragnehmers. Dasselbe gilt, wenn der Auftraggeber keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland hat oder der Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt sind.

3. Sollten einzelne Bestimmungen der Verträge mit dem Auftraggeber einschließlich dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die ganz oder teilweise unwirksame Regelung soll durch eine Regelung ersetzt werden, deren wirtschaftlicher Erfolg dem der unwirksamen möglichst nahe kommt.